



Bundesnetzagentur • Postfach 80 01 • 53105

Per Empfangsbekanntnis

Amprion GmbH
Herrn Marco Stoltefuß
Robert-Schumann-Straße 7
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

27.05.2019

☎ (02 28)

608-2019-13f-1
608j

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
Bonn

14-5721
oder 14-0

27.08.2019

**Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG über
systemrelevante Gaskraftwerke;**

Aktenzeichen: 608-2019-13f-1

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber

der Amprion GmbH, Robert-Schumann-Straße 7, 44263 Dortmund, gesetzlich vertreten durch
die Geschäftsführer Dr. Hans-Jürgen Brick und Dr. Klaus Kleinekorte,

- Antragstellerin -

wegen der Genehmigung der Ausweisung von Gaskraftwerken als systemrelevant gemäß § 13f
EnWG

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,
am 27.08.2019 wie folgt entschieden:

1. Die Ausweisung des Kraftwerks Mainz, Kraftwerk 2, Kraftwerksnummer BNA0627, am
Kraftwerksstandort Mainz, betrieben von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, als sys-

temrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.

2. Die Ausweisung des Kraftwerks Mainz, Kraftwerk 3, Kraftwerksnummer BNA0626, am Kraftwerksstandort Mainz, betrieben von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.
3. Die Ausweisung des Kraftwerks Mitte, GuD A 800 GT 11, GT 12, DT 10, Kraftwerksnummer BNA0614b, am Kraftwerksstandort Ludwigshafen, betrieben von der BASF SE, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.
4. Die Ausweisung des Kraftwerks Süd, GuD C 200 GT 1, GT 2, DT1, Kraftwerksnummer BNA0615, am Kraftwerksstandort Ludwigshafen, betrieben von der BASF SE, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.
5. Die Ausweisung des Heizkraftwerks Block A, Kraftwerksnummer BNA0499, am Kraftwerksstandort Frankfurt am Main, betrieben von der Infraser GmbH & Co. Höchst KG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.
6. Die Ausweisung der ADS-Anlage, Kraftwerksnummer BNA0497, am Kraftwerksstandort Frankfurt am Main, betrieben von der Infraser GmbH & Co. Höchst KG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.
7. Die Ausweisung der GuD-Anlage Rüsselsheim M 120, Kraftwerksnummer BNA0857, am Kraftwerksstandort Rüsselsheim, betrieben von der Opel Automobile GmbH, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.
8. Die Ausweisung des Kraftwerks HKW Römerbrücke, Kraftwerksnummer BNA0861a mit einer Nettonennleistung in Höhe von 75 MW, am Kraftwerksstandort Saarbrücken, betrieben von der Energie SaarLorLux AG als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt. Im Übrigen wird der Antrag insoweit abgewiesen.
9. Die Ausweisung des Kraftwerks GTKW Darmstadt, Kraftwerksnummer BNA1487, am Kraftwerksstandort Darmstadt, betrieben von der ENTEGA AG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.

10. Die Ausweisung des Kraftwerks UPM Schongau, Dampfkraftwerk, Kraftwerksnummer BNA1248a, am Kraftwerksstandort Schongau, betrieben von der UPM GmbH, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.
11. Die Ausweisung des Kraftwerks UPM Schongau HKW 3, Kraftwerksnummer BNA1248b, am Kraftwerksstandort Schongau, betrieben von der UPM GmbH, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.
12. Heizkraftwerk Wörth, Kraftwerksnummer BNA1078, am Kraftwerksstandort Wörth, betrieben von der Palm Power GmbH & Co. KG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2019 wird genehmigt.

Gründe

I.

Die Antragstellerin ist ein deutscher Übertragungsnetzbetreiber dessen Netzgebiet schwerpunktmäßig im Westen und Südwesten von Deutschland liegt. Hinsichtlich der mit Bescheid der Bundesnetzagentur vom 02.10.2017 als systemrelevant genehmigten Gaskraftwerke stellte die Antragstellerin mit Schreiben vom 27.05.2019, bei der Bundesnetzagentur eingegangen am 29.05.2019, erneut einen „Antrag auf eine Verlängerung der Ausweisung systemrelevanter Gaskraftwerke in ihrer Regelzone um weitere 24 Monate“. Die Bundesnetzagentur leitete aufgrund des Antrags vom 27.05.2019 das Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein. Die Bundesnetzagentur räumte den betroffenen Kraftwerksbetreibern jeweils mit Anhörungsschreiben vom 12.07.2019 die Möglichkeit ein, bis zum 02.08.2019 zum Antrag der Antragstellerin Stellung zu nehmen. Von dieser Möglichkeit haben die Anlagenbetreiber Opel Automobile GmbH und BASF SE Gebrauch gemacht.

Dem Bundeskartellamt und der Regulierungskammer Nordrhein-Westfalen wurde gemäß § 58 Abs. 1 EnWG jeweils per E-Mail vom 16.08.2019 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Das Bundeskartellamt teilte mit E-Mail vom 23.08.2019 mit, dass es von einer Stellungnahme absieht.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

II.

Den Anträgen der Antragstellerin ist weitestgehend stattzugeben. Die Anträge sind im Wesentlichen zulässig und begründet.

Lediglich der Antrag der Antragstellerin hinsichtlich der Anlage HKW Römerbrücke war teilweise abzuweisen. Die Antragstellerin hat insoweit die Genehmigung der Ausweisung einer Anlage mit der Kraftwerksnummer BNA0861 und einer Netto-Nennleistung in Höhe von 125 MW beantragt. Laut der Kraftwerksliste der Bundesnetzagentur¹ wird dieses Kraftwerk aber unterteilt in zwei Anlagen: BNA0861a (GuD, 75 MW) und BNA0861b (Steinkohle, 50 MW). Die Systemrelevanzausweisung der zuletzt genannten Anlage kann bereits aufgrund ihres Primärenergieträgers „Steinkohle“ nicht nach § 13f EnWG genehmigt werden, da nach § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG ausschließlich mit Gas betriebene Anlagen genehmigungsfähig sind.

A. Einführung

Gemäß § 13f Abs. 1 EnWG können Betreiber von Übertragungsnetzen eine Anlage zur Erzeugung von elektrischer Energie aus Gas mit einer Nennleistung ab 50 Megawatt ganz oder teilweise als systemrelevantes Gaskraftwerk ausweisen, sofern die Anlage systemrelevant im Sinne dieser Vorschrift ist. Nach § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG ist eine Anlage insoweit systemrelevant, als dass eine Einschränkung ihrer Gasversorgung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führt. Die Ausweisung erfolgt in dem Umfang und für den Zeitraum, der jeweils erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung abzuwenden. Sie soll eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten, es sei denn, die Systemrelevanz der Anlage wird durch eine Systemanalyse des regelzonenverantwortlichen Betreibers eines Übertragungsnetzes für einen längeren Zeitraum nachgewiesen und von der Bundesnetzagentur bestätigt. Die Ausweisung bedarf der Genehmigung der Bundesnetzagentur. Nach § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG hat die Bundesnetzagentur den Antrag zu genehmigen, wenn die Anlage tatsächlich systemrelevant im Sinne der Vorschrift ist.

Rechtsfolge der Ausweisung durch den Übertragungsnetzbetreiber und der Genehmigungsentscheidung durch die Bundesnetzagentur ist zum einen, dass gemäß § 13f Abs. 2 Satz 1 EnWG die Betreiber von systemrelevanten Gaskraftwerken verpflichtet sind, soweit technisch und rechtlich möglich sowie wirtschaftlich zumutbar, eine Absicherung der Leistung im erforderlichen Umfang durch Inanspruchnahme der vorhandenen Möglichkeiten für einen Brennstoffwechsel vorzunehmen. Soweit ein Brennstoffwechsel nicht möglich ist, ist dies gegenüber der Bundesnetzagentur zu begründen und kurzfristig darzulegen, mit welchen anderen Optimierungs- oder Ausbaumaßnahmen der Kapazitätsbedarf befriedigt werden kann (§ 13f Abs. 2 Satz 3 EnWG). Zum anderen darf gemäß § 16 Abs. 2a Satz 2 EnWG ein Gasnetzbetreiber den Gasbezug eines gemäß § 13f EnWG als systemrelevant ausgewiesenen Gaskraftwerks nicht durch markt- oder

¹ Abrufbar unter

https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/Kraftwerksliste/kraftwerksliste-node.html.

netzbezogenen Maßnahmen nach § 16 Abs. 1 EnWG einschränken, soweit der Betreiber des betroffenen Übertragungsnetzes die weitere Gasversorgung der Anlage gegenüber dem betroffenen Gasnetzbetreiber anweist. Nach § 16 Abs. 2a Satz 3 EnWG darf der Gasbezug eines systemrelevanten Gaskraftwerks bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 16 Abs. 2 EnWG durch den Gasnetzbetreiber nur nachrangig gegenüber anderen Anschlussnehmern eingeschränkt werden, soweit der Betreiber des betroffenen Übertragungsnetzes die weitere Gasversorgung des systemrelevanten Gaskraftwerks gegenüber dem Gasnetzbetreiber anweist.

B. Antrag

Bei verständiger Würdigung ist der Antrag der Antragstellerin vom 27.05.2019 dahingehend auszulegen, dass sie die erneute Ausweisung der genannten Anlagen als systemrelevant für die Dauer von 24 Monaten beabsichtigt, sobald die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung vom 02.10.2017 ausläuft. Eine „Verlängerung der Ausweisung“ durch die Bundesnetzagentur, die die Antragstellerin wörtlich begehrt, ist hingegen nicht möglich. § 13f Abs. 1 EnWG bestimmt, dass die Ausweisung durch den Übertragungsnetzbetreiber erfolgt und sodann von der Bundesnetzagentur genehmigt wird. Eine solche Ausweisung soll nach § 13f Abs. 1 Satz 3 EnWG eine Dauer von 24 Monaten grundsätzlich nicht überschreiten. Eine nachträgliche Verlängerung für bereits genehmigte Systemrelevanzausweisungen ist dabei nicht vorgesehen. Eine erneute Ausweisung und Genehmigung dieser Ausweisung nach Ablauf eines bereits genehmigten Zeitraums ist hingegen statthaft, wenn eine Prüfung ergibt, dass auch über den genehmigten Zeitraum hinaus die Systemrelevanz der betreffenden Anlage gegeben ist. Mit der Entscheidung der Bundesnetzagentur vom 02.10.2017 wurden die Systemrelevanzausweisungen der vorliegend in Rede stehenden Gaskraftwerke für die Dauer von jeweils 24 Monaten, beginnend mit dem 21.11.2017 (siehe § 31 Abs. 1 VwVfG i.V.m. § 187 Abs. 2 BGB), genehmigt. Diese 24-monatigen Ausweisungen enden mit Ablauf des 20.11.2019 (siehe § 31 Abs. 1 VwVfG i.V.m. § 188 Abs. 2 Alt. 2 BGB). Die vorliegend beschiedenen Anträge sind daher darauf gerichtet, ab dem 21.11.2019 eine neuerliche 24-monatige Ausweisungsdauer für diese Anlagen zu bewirken.

C. Genehmigungsfähigkeit der Systemrelevanzausweisungen

Die Ausweisungsentscheidungen der Antragstellerin sind zu genehmigen, da insoweit die Voraussetzungen des § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG vorliegen. Danach hat die Bundesnetzagentur eine Ausweisungsentscheidung des Übertragungsnetzbetreibers zu genehmigen, wenn die betroffene Anlage systemrelevant im Sinne der Sätze 1 und 2 der Vorschrift ist.

1. Hinreichende Wahrscheinlichkeit einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems bei Einschränkungen der Gasversorgung, § 13f Abs.1 S.1 EnWG

Im Hinblick auf die sonstigen als systemrelevant ausgewiesenen Anlagen führt eine vollständige oder teilweise Nichtverfügbarkeit der ausgewiesenen Anlagen infolge einer Einschränkung der Gasversorgung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems.

a) Nicht unerhebliche Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems

Nach § 13 Abs. 4 EnWG liegt eine Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems vor, wenn örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung von Frequenz, Spannung oder Stabilität durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. Die Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems kann sich daraus ergeben, dass infolge einer teilweisen oder vollständigen Nichtverfügbarkeit der Anlagen den Übertragungsnetzbetreibern zu wenig Redispatchleistung zum Hochfahren zur Verfügung steht, um einen sicheren Netzbetrieb zu gewährleisten. Es ist methodisch korrekt, dass die Antragstellerin für die erforderliche Gefahrenbeurteilung die Ergebnisse der von der Bundesnetzagentur mit der Reservebedarfsfeststellung vom 30.04.2019 bestätigten Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber vom 27.03.2019 heranzieht.² Hiernach werden die als systemrelevant ausgewiesenen Anlagen, in dem Szenario, das die Bedingungen im Winter 2019/2020 abbildet, in der bedarfsdimensionierenden Stunde 273 zum Redispatch durch die ÜNB angefordert. Aus der Darstellung der im Winter 2019/2020 erwarteten Erzeugungskapazitäten und der im selben Zeitraum erwarteten Netztopografie und Netzauslastung ergibt sich der Bedarf an Erzeugungskapazitäten, die zur Behebung kritischer Netzsituationen erforderlich sind. Insoweit haben die Ergebnisse der Systemanalyse 2019 dargelegt, dass sämtliche in Süddeutschland gelegenen Gaskraftwerke in der durch eine Starkwind-Starklast geprägten Netznutzungssituation zum positiven Redispatch-Einsatz erforderlich werden können. Anhaltspunkte dafür, dass in dem zur Genehmigung beantragten Ausweisungszeitraum vom 21.11.2019 bis zum 20.11.2021 Umstände eintreten, die zu einer anderweitigen Bewertung der potentiellen Netzengpass-Situation und der Notwendigkeit der Verfügbarkeit des streitgegenständlichen Kraftwerks führen, sind nicht ersichtlich.

² Beides abrufbar unter

https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Netzreserve/netzreserve-node.html.

Im Rahmen der Systemanalyse haben die Übertragungsnetzbetreiber bereits zutreffend festgestellt, dass Maßstab für die Bestimmung der erforderlichen Redispatchleistung zur Gewährleistung des sicheren Netzbetriebs nicht bloß der herkömmliche (n-1)-Standard nach Art. 32 ff. der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 2. August 2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb³), sondern gemäß § 2 Abs.2 S. 3 NetzResV, die erforderliche Redispatchleistung in der Höhe zu bemessen ist, dass die Übertragungsnetzbetreiber beim Eintreten eines Mehrfachfehlers den Netzbetrieb angemessen beherrschen können. Es ist folgerichtig, dass die Antragstellerin im Rahmen ihrer Ausweisungsentscheidungen nach § 13f Abs.1 EnWG ebenfalls davon ausgegangen ist, in dem Umfang Redispatchleistung aus Kraftwerken einschließlich der Gaskraftwerke abzusichern, wie er zur Beherrschung von Mehrfachfehlern erforderlich ist.

Eine Nichtverfügbarkeit von gasbetriebenen Industriekraftwerken, die infolge ihrer überwiegend oder ausschließlichen produktionsgeführten Fahrweise von den ÜNB nicht zum Redispatch herangezogen werden, kann ebenfalls eine nicht unerhebliche Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems begründen. Hinsichtlich derartiger Anlagen begründet sich eine Gefährdung des sicheren Netzbetriebs aus dem Umstand, dass sich die vertikale Netzlast im Fall ihrer durch einen Gasmangel verursachten Nichtverfügbarkeit erhöhen kann³. In einer solchen Konstellation kann es - ggf. auch nur kurzfristig - dazu kommen, dass die für den industriellen Prozess benötigte Erzeugungsleistung aus dem öffentlichen Stromnetz entnommen wird, um den Ausfall der Eigenerzeugung zu kompensieren. Selbst wenn aufgrund der Eigenarten der Produktionsstätte eine dauerhafte Kompensation des Ausfalls der Industrieanlage durch den Bezug von Strom aus dem öffentlichen Netz nicht möglich wäre (etwa, weil der für die Produktion ebenfalls benötigte Dampf nur in dem ausgefallenen Kraftwerk auf dem Produktionsgelände erzeugt werden kann), könnte bereits eine kurzfristige Änderung der Netzlast – z.B. durch einen Strombezug zum Herunterfahren des Produktionsprozesses – erhebliche negative netztechnische Wirkungen entfalten. Das gleiche gilt im Falle einer gedrosselten Gaszufuhr, bei der jedenfalls eine teilweise Kompensation durch Strombezug aus dem öffentlichen Netz erfolgen würde. Grund dafür ist, dass die zusätzliche Last durch andere Erzeugungseinheiten gedeckt und über bereits hoch belasteten Netzelemente transportiert werden müsste, was gegebenenfalls wiederum weitere Redispatch-Maßnahmen erforderlich machen würde. Darauf, dass im Normalbetrieb einer Industrieanlage keine Entnahme von Strom aus dem Netz der öffentlichen Versorgung erfolgt, kommt es zur Beurteilung der Systemrelevanz der Anlage nicht an.

³ Die vertikale Netzlast beschreibt dabei die Summe aller Leistungsflüsse vom Übertragungsnetz zu den Netzen der niedrigeren Ebenen oder zu direkt angeschlossenen Verbrauchern.

Ebenso wenig kommt es für die Beurteilung der Systemrelevanz einer Anlage darauf an, ob die Möglichkeit eines Brennstoffwechsels besteht. Die Möglichkeit eines Brennstoffwechsels ist keine tatbestandliche Voraussetzung für die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung, sondern vielmehr ihre Rechtsfolge (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, VI-3 Kart 117/17 [V], Seite 22). Der im Rahmen der Anhörung seitens der BASF SE mitgeteilte Umstand, wonach ihre Anlagen nicht zum Brennstoffwechsel geeignet seien, vermag ihre Systemrelevanz daher nicht zu tangieren. Sofern die bivalente Befeuerung nicht möglich ist, reicht die Absicherung der Einsatzfähigkeit der Anlage mittels des Abschlusses eines nicht unterbrechbaren Gasversorgungsvertrages – wie von der BASF SE vorgenommen – hin, vgl. § 13f Abs. 2 Satz 3 EnWG.

Schließlich kommt es für die Beurteilung der Systemrelevanz einer Anlage auch nicht darauf an, ob ihr Anlagenbetreiber erwägt, die Anlage stillzulegen. Dies folgt bereits aus dem Umstand, dass eine derartige gemäß § 13b Abs. 1 Satz 1 EnWG anzeigepflichtige Stilllegungsabsicht nach § 13b Abs. 5 EnWG durch die Bundesnetzagentur unterbunden werden müsste, sofern sich die Anlage als systemrelevant erweist. Der im Rahmen der Anhörung seitens der Opel Automobile GmbH mitgeteilte Umstand, dass sie erwägt aufgrund der anstehenden Pflicht zur vollumfänglichen Zahlung der EEG-Umlage ihre GuD-Anlage Rüsselsheim M 120 (BNA0857) stillzulegen und stattdessen ihren Strombedarf künftig vollständig aus dem Strommarkt zu beziehen, vermag die Systemrelevanz der Anlage daher nicht zu tangieren.

b) Hinreichende Eintrittswahrscheinlichkeit

Es besteht vorliegend eine hinreichende Wahrscheinlichkeit gemäß § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG, dass eine Einschränkung der Gasversorgung bei jedem der vorgenannten Kraftwerke zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führt. Zum einen kam es im Februar 2012 bereits tatsächlich zu einem Engpass in der Gasversorgung in Süddeutschland, der die Abschaltung mehrerer Kraftwerke zur Folge hatte. Zum anderen ist es angesichts des Ausmaßes der drohenden Schäden, die als Folgewirkung eines nicht mehr sicheren Netzbetriebs eintreten können gerechtfertigt, den geforderten Grad der Eintrittswahrscheinlichkeit niedrig anzusetzen. So ist anerkannt, dass der Grad der Wahrscheinlichkeit, der im Einzelfall zu fordern ist, insbesondere von der Bedeutung des jeweiligen Schutzgutes und dem Umfang des befürchteten Schadens abhängig ist. Je bedeutender das gefährdete Rechtsgut ist, umso geringer sind die Anforderungen an die Schadenseintrittswahrscheinlichkeit. Bezogen auf die Regelung des § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG folgt hieraus, dass eine verhältnismäßig niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit ausreicht, um zulässigerweise den Schluss ziehen zu können, dass die Nichtverfügbarkeit eines bestimmten Gaskraftwerks aufgrund von Brennstoffmangel zu einer Gefährdung oder Störung des sicheren Netzbetriebs führt. Tritt ein solcher Fall ein, drohen Stromausfälle bei Endverbrauchern von lokal begrenzten, noch kontrollierbaren Lastabschaltungen bis hin zu kaskadierenden, unkontrollierten Stromausfällen,

die sich über mehrere Regelzonen und Staaten erstrecken können. Bei jeder Stromversorgungsunterbrechung, gleich welcher Dauer, regionalen Ausmaßes oder Kontrollierbarkeit, können Schäden für Leib und Leben sowie Eigentum und sonstige Vermögenswerte eintreten. Gestützt wird diese Sichtweise auch durch das Bundesverfassungsgericht, das zur Bedeutung der Sicherheit der Energieversorgung wie folgt ausführt: „Die Sicherstellung der Energieversorgung durch geeignete Maßnahmen [...] ist eine öffentliche Aufgabe von größter Bedeutung. Die Energieversorgung gehört zum Bereich der Daseinsvorsorge; sie ist eine Leistung, deren der Bürger zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz unumgänglich bedarf“ (BVerfG, Beschluss v. 20.03.1984, Az. 1 BvL 28/83 – Rz. 37, zit. nach juris).

2. Umfang und Zeitraum der Ausweisungsentscheidung, § 13f Abs. 1 S.2 EnWG

Die Antragstellerin durfte die Systemrelevanzausweisungen auf die gesamte Nennleistung der einzelnen Kraftwerksanlagen beziehen. In zeitlicher Hinsicht ist die Ausweisung der Systemrelevanz durch die Antragstellerin für die Dauer von 24 Monaten begründet.

Gemäß § 13f Abs. 1 Satz 2 EnWG ist die Ausweisung der Systemrelevanz auf den Umfang und Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung des Elektrizitätsversorgungssystems abzuwenden. Zudem soll eine Systemrelevanzausweisung eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten, es sei denn, die Systemrelevanz wird durch eine Systemanalyse des Übertragungsnetzbetreibers für einen längeren Zeitraum nachgewiesen und von der Bundesnetzagentur bestätigt (§ 13f Abs. 1 Satz 3 EnWG).

a) Die Entscheidung der Antragstellerin, die Systemrelevanzausweisung auf die gesamte Nennleistung der betreffenden Anlagen zu erstrecken, ist zutreffend.

b) Die Entscheidung der Antragstellerin, die Ausweisungen auf die Dauer von 24 Monaten zu erstrecken, beginnend ab dem 21.11.2019, ist im Ergebnis nicht zu beanstanden. § 13f Abs. 1 S. 2 und 3 EnWG ist zu entnehmen, dass der Zeitraum von 24 Monaten den Regelfall der Ausweisungsdauer darstellt.

Die Systemrelevanzausweisungen nach § 13b und § 13f müssen nicht zwingend im zeitlichen Gleichklang erfolgen. Wird die Dauer der Genehmigung einer Systemrelevanzausweisung nach § 13f EnWG auf einen längeren Zeitraum erstreckt, als die für dieselbe Anlage vorliegende Genehmigung einer Systemrelevanzausweisung nach § 13b EnWG, wird hiermit nicht präjudiziert, dass die Anlage für den längeren Zeitraum ebenso systemrelevant im Sinne des § 13b EnWG ist. Die im Rahmen von § 13b Abs. 4 und 5 EnWG erfolgte Systemrelevanzausweisung - bzw. deren Genehmigung – geht der nach § 13f EnWG genehmigten Systemrelevanzausweisung vor, insbesondere wenn es zu einem zeitlichen Auseinanderlaufen zwischen den Zeiträumen der jeweiligen Systemrelevanzausweisungen bzw. deren Genehmigungen kommt. Liegt nach Ablauf der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung nach § 13b EnWG keine erneute Systemre-

levanzausweisung des ÜNB bzw., im Falle einer beabsichtigten endgültigen Stilllegung, keine Genehmigung der Systemrelevanzausweisung durch die BNetzA vor, ist der Eingriff in die betroffenen Grundrechte des Anlagenbetreibers nach Art.12 Abs.1 sowie Art. 14 Abs.1 Grundgesetz in Gestalt des Stilllegungsverbots und der Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftsherstellung nicht mehr gerechtfertigt, mit der Folge, dass der Betreiber seine Anlage stilllegen darf. Mit der zulässigen Stilllegung der nicht mehr nach § 13b EnWG systemrelevanten Anlage entfällt der Regelungsgegenstand der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung gemäß § 13f EnWG, die dadurch bedingt ist, dass die betreffende Anlage überhaupt betriebsbereit ist oder betriebsbereit gemacht werden kann.

Dementsprechend darf der Anlagenbetreiber, der seine Anlage stilllegen darf, da die Voraussetzungen des § 13b EnWG nicht mehr vorliegen, keine weiteren kostenwirksamen Maßnahmen in Bezug auf die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung nach § 13f EnWG mehr tätigen.

D. Rechtsfolge

Da die ausgewiesenen Anlagen systemrelevant im Sinne von § 13f Abs.1 Sätze 1 und 2 EnWG sind, ist gemäß § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG die Genehmigung der Ausweisung zu erteilen; die Entscheidung ist gebunden und steht nicht im Ermessen der Behörde.


Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung dieser Entscheidung Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 27.08.2019



Joachim Gewehr
(Referatsleiter)

